

03/2008

2015
aktuell

02. April 2008

1. **Welternährungsprogramm warnt vor Versorgungsengpässen**
2. **Bundesrechnungshof veröffentlicht Bericht zu Budgethilfe**
3. **Weltfrauentag: Mehr Engagement für Geschlechtergerechtigkeit gefordert**
4. **Zweiter Aktionsplan für Menschenrechte veröffentlicht**
5. **Weltwassertag – sanitäre Grundversorgung im Fokus**
6. **Unzureichende Umsetzung der G8-Zusagen für Afrika**
7. **Afrikanische Zivilgesellschaft fordert neues MDG gegen interne Vertreibung**
8. **Vorschlag zur Stimmrechtsreform im IWF**

*Kurz notiert
Termine*

1. Welternährungsprogramm warnt vor Versorgungsengpässen

Das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WFP) warnte in einem Schreiben an die Regierungen der Geberländer vom 20. März vor Versorgungsengpässen. Die Lebensmittelpreise für die Grundnahrungsmittel Hafer, Weizen, Roggen und Gerste seien in den letzten Jahren derart angestiegen, dass das Programm inzwischen einer Finanzierungslücke von 500 Millionen US-Dollar gegenüberstehe. Zu den Gründen für die enormen Preissteigerungen zählen eine erhöhte Nachfrage nach Futtermitteln für die Fleischproduktion sowie Biotreibstoff, der Klimawandel und die hohen Ölpreise. Das WFP versorgt weltweit rund 90 Millionen Menschen, die von Armut, Kriegen und Naturkatastrophen betroffen sind. Nun warnte es davor, die Lebensmittelrationen aus Finanznot weiter einschränken zu müssen. Die mit dem ersten Millenniums-Entwicklungsziel (MDG) angestrebte Halbierung des weltweiten Anteils der Hungernden bis zum Jahr 2015 rückt damit in weitere Ferne.

(<http://documents.wfp.org/stellent/groups/public/documents/newsroom/wfp174162.pdf>)

Bundesentwicklungsministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul kündigte am 24. März eine deutliche Erhöhung der Mittel für die Arbeit des Welternährungsprogramms an. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) werde zusätzlich drei Millionen Euro für den Kampf gegen Hunger und Unterernährung zur Verfügung stellen. Bereits Anfang März hatten sich die Bundestagsfraktionen in einem parteiübergreifenden Antrag von CDU/CSU, SPD und Bündnis 90/Grünen für eine neue, effektive und an den Bedürfnissen der Hungernden ausgerichtete Nahrungsmittelhilfekonvention ausgesprochen. In dem beschlossenen Antrag wurde betont, dass sich die Nahrungsmittelhilfe nicht an agrarpolitischen Geberinteressen und Überschüssen, sondern an den Bedürfnissen der Ärmsten ausrichten müsse. Die Diakonie Katastrophenhilfe begrüßte die Aufforderung des Bundestages an die Regierung und hofft auf viel Engagement bei den politischen Neuverhandlungen des Nahrungsmittelkonsenses.

(http://bmz.de/de/presse/pm/2008/maerz/pm_20080324_26.html;

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/084/1608485.pdf>;

www.diakonie-katastrophenhilfe.de/presse/132_317_DEU_HTML.php?ck=175)

Der UN-Sonderberichterstatler für das Recht auf Nahrung, Jean Ziegler, kritisierte in seinem Abschlussbericht an den UN-Menschenrechtsrat, dass die Produktion von Biotreibstoff aus Nahrungsmitteln die Menschenrechte verletze und zu mehr Hunger in den Entwicklungsländern führen werde. Er forderte ein fünfjähriges Moratorium der Biotreibstoffproduktion aus Nahrungsmitteln sowie die Suche nach alternativen Energiequellen. Auch viele Nichtregierungsorganisationen (NRO) kritisierten die Produktion von Biotreibstoffen zu Lasten der Nahrungsmittelproduktion. Besonders die Beimischung von Biokraftstoffen werde zu einem Anstieg der Lebensmittelpreise führen, da auf den Flächen, die früher als Rinderweiden, Baumwollplantagen und Sojafelder genutzt werden, heute Rohstoffe für den Kraftstoff angebaut werden. FIAN begrüßte den Bericht von Jean Ziegler und rief die Bundesregierung dazu auf, die Kohärenz zwischen ihrer Handelspolitik und ihren menschenrechtlichen Verpflichtungen zu überprüfen. Trotz der Verpflichtung der Staaten zur Umsetzung des Rechts auf Nahrung im Rahmen der UN-Menschenrechtsabkommen wirke die Liberalisierungs-, Privatisierungs- und Kommerzialisierungspolitik der Weltbank, des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Welthandelsorganisation (WTO) dem entgegen.

(www2.ohchr.org/english/bodies/hrcouncil/7session/reports.htm;
www.fian.de/fian/index.php?option=content&task=view&id=553&Itemid=79)

2. Bundesrechnungshof veröffentlicht Bericht zu Budgethilfe

In einem Anfang März erschienenen Bericht untersucht der Bundesrechnungshof das Instrument der Budgethilfe in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Die Budgethilfe ist eine Form der Entwicklungsfinanzierung, bei der die finanzielle Unterstützung direkt in den allgemeinen Haushalt des Landes fließt. Dadurch soll die Eigenverantwortung der Entwicklungsländer und schließlich die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit gestärkt werden. Der aufgrund einer Anforderung des Haushaltsausschusses erstellte Bericht mit dem Titel „Budgethilfen im Rahmen der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit“ kommt zu dem Schluss, dass das Instrument der Budgethilfe als eine sinnvolle Form der Entwicklungshilfe zu bewerten ist, fordert jedoch einen vorsichtigeren Umgang damit. Er warnt vor hohen treuhänderischen Risiken, da das Partnerland die Budgethilfe auch für nicht vereinbarte Zwecke einsetzen könne. Auch die Rechenschaftspflicht der Partnerländer sei laut Bericht nicht ausreichend. Im Fazit werden neun

Empfehlungen zur Verwendung der Budgethilfe gegeben, unter anderem eine ausreichende Einbeziehung des Parlaments, eine strenge Auslese der Partnerländer und die explizite Zustimmung des Haushaltsausschusses.

Das BMZ wertete den Bericht des Bundesrechnungshofes als eine Bestätigung seiner Politik. Budgethilfe werde als ein sinnvolles und effektives Instrument in der deutschen staatlichen Entwicklungszusammenarbeit angesehen. Das BMZ betonte, dass nur Länder mit guter Regierungsführung durch Budgethilfen unterstützt werden. Die Empfehlungen des Bundesrechnungshofs will das BMZ aufnehmen und umsetzen, so Staatssekretär Erich Stather.

(http://bmz.de/de/presse/pm/2008/maerz/pm_20080302_20.html)

Auch Oxfam Deutschland begrüßte den Bericht des Bundesrechnungshofs. „Budgethilfen sind eine sinnvolle und notwendige Ergänzung des entwicklungspolitischen Instrumentariums“, so Reinhard Hermle Entwicklungspolitischer Berater bei Oxfam. Durch die Budgethilfe erhielten die Partnerländer eine größere Verantwortung und könnten ihre Arbeit effektiver gestalten. Voraussetzung für eine sinnvolle Vergabe von Budgethilfe seien aber gute Regierungsführung und erkennbarer Reformwillen. Entscheidend sei, dass ein intensiver Politikdialog zwischen Geber- und Nehmerländern stattfinde und die Zivilgesellschaft vor Ort in die Lage versetzt werde, den Mitteleinsatz zu kontrollieren. (www.oxfam.de/a_611_presse.asp?id=321)

3. Weltfrauentag: Mehr Engagement für Geschlechtergerechtigkeit gefordert

Der Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) forderte zum Weltfrauentag ein stärkeres Engagement der Entwicklungspolitik für Geschlechtergerechtigkeit. Trotz Fortschritten bei der Umsetzung der MDG etwa im Bereich der Grundschulbildung liege die Umsetzung des MDG 3 für Geschlechtergerechtigkeit und die Stärkung der Rolle der Frau noch in weiter Ferne. Nach wie vor seien Frauen am meisten von Armut betroffen. Gerade in den ländlichen Gebieten Afrikas lebten sie in extremer Armut und hätten weniger Rechte als Männer. Grund für die besondere Armutssituation von Frauen seien nicht nur ökonomische Ungleichheiten, sondern auch der mangelnde Zugang zu Macht- und Entscheidungspositionen. Die Bekämpfung von Frauenarmut und die Umsetzung von Geschlechtergerechtigkeit erforderten daher sowohl die Einbeziehung der Geschlechterperspektive auf allen Ebenen des entwicklungspolitischen Handelns als auch die gezielte Förderung von Frauen. Nur wenn die Entwicklungspolitik beide Strategien gleichermaßen beachte, bestehe Hoffnung, das dritte MDG und damit die Gleichberechtigung der Geschlechter zu verwirklichen, so VENRO. (<http://venro.org/presse/archiv/08/pm-04-2008.pdf>)

Im Vorfeld des Weltfrauentags am 8. März tagte in New York die UN-Frauenrechtskommission in ihrer 52. Sitzung mit dem Schwerpunktthema **“Financing for Gender Equality and the Empowerment of Women”**. In ihrem Abschlussdokument forderte die Kommission größere Investitionen in Geschlechtergerechtigkeit und das Empowerment von Frauen. Im Hinblick auf die zweite Weltkonferenz für Entwicklungsfinanzierung, die im Herbst in Doha stattfinden wird, rief die Kommission zudem die daran beteiligten Akteure auf, sicher zustellen, dass alle von Wirtschaftswachstum und Armutsreduzierung profitierten. Dazu

müssten beispielsweise die unterschiedlichen Auswirkungen von Handelspolitik auf Frauen und Männer berücksichtigt werden und im Bereich der Entwicklungshilfe die gezielte Förderung von Geschlechtergerechtigkeit gestärkt werden. Das europäische Frauennetzwerk WIDE forderte anlässlich der Sitzung der Frauenrechtskommission eine stärkere Berücksichtigung der Genderperspektive in den Bereichen Politikkohärenz, Haushaltspolitik, Reform der Entwicklungszusammenarbeit und Entwicklungsfinanzierung sowie eine ausreichende Unterstützung von Frauenorganisationen.(www.un.org/News/Press/docs//2008/wom1679.doc.htm; http://62.149.193.10/wide/download/CSW%202008_WIDE%20Position%20Paper.pdf?id=579)

Social Watch stellte im Vorfeld der 52. Sitzung der Frauenrechtskommission in New York seinen diesjährigen **“Gender Equity Index”** vor. Der Index vergleicht die (Un-)gleichbehandlung der Geschlechter in den Dimensionen Erwerbstätigkeit, Beteiligung an politischen Entscheidungen und Bildung in 157 Ländern. Mit durchschnittlich 90 von 100 Punkten ist Bildung der Bereich, in dem eine Gleichstellung der Geschlechter am ehesten erreicht wird. Die Beteiligung an politischen Entscheidungsprozessen zeige bei den meisten Ländern positive Trends, allerdings auf einem sehr niedrigen Niveau von nur 35 Punkten. Die wirtschaftliche Beteiligung ist demnach die nächste Herausforderung auf dem Weg zur Gleichstellung der Geschlechter: Mehr als die Hälfte aller Frauen leben in Ländern, die in diesem Aspekt in den letzten Jahren keine Fortschritte gemacht haben. Dem Index zufolge liegt Ruanda nach Finnland, Norwegen, Schweden und Deutschland an fünfter Stelle des weltweiten Rankings. Der Index zeige damit, so Social Watch Koordinator Roberto Bissio, dass das Einkommen allein keine Garantie für die Gleichstellung der Geschlechter ist. Offensichtlich sei dafür nicht die Wirtschaftsmacht eines Landes, sondern der politische Wille seiner Regierung entscheidend.

(http://womnet.de/content/upload/Social_Watch_GEI_2008.pdf)

Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) stellte anlässlich des Weltfrauentags ihren Bericht **“Global Employment Trends for Women”** vor. Daraus geht hervor, dass trotz einer kontinuierlichen Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit Frauen unter deutlich schlechteren Bedingungen arbeiten als Männer. Sie sind in Sektoren mit geringer Produktivität und entsprechend niedrigem Lohn tätig und darüber hinaus oftmals von prekären Arbeitssituationen und geringen Arbeitnehmerrechten betroffen. Je ärmer eine Region, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass Frauen in ungesicherten und prekären Verhältnissen arbeiten, die nicht den Kriterien der ILO für menschenwürdige Arbeit entsprechen. Diese ist jedoch ein wichtiger Bestandteil, um der Armut zu entkommen und wurde deshalb in diesem Jahr von der UN in die MDG integriert (siehe “2015-aktuell” 02/2008). Die ILO fordert daher, die menschenwürdige Arbeit für Frauen zu fördern, um so zur ökonomischen und sozialen Entwicklung beizutragen.

(www.oit.org/public/english/employment/strat/download/getw08.pdf)

4. Zweiter Aktionsplan für Menschenrechte veröffentlicht

Das BMZ stellte am 10. März in Berlin den zweiten „Aktionsplan für Menschenrechte 2008 bis 2010“ vor. Durch den Aktionsplan soll der Menschenrechtsansatz stärker in die deutsche Entwicklungspolitik integriert werden. Im Aktionsplan werden 24 Themen behandelt, die Schwerpunkte liegen auf dem Recht auf Nahrung und Gesundheit, sowie auf der Kontrolle von transnationalen Konzernen und dem Schutz

von Menschenrechtsverteidigern. Bundesministerin Heidemarie Wiecek-Zeul betonte die entscheidende Bedeutung der Menschenrechte für die Entwicklungszusammenarbeit. Ohne Menschenrechte gäbe es keine nachhaltige Entwicklung und keine wirksame Armutsbekämpfung. Zur Umsetzung der Menschenrechte müssten auch die staatlichen Partner in den Entwicklungsländern stärker in die Pflicht genommen werden.

(http://bmz.de/de/presse/aktuelleMeldungen/2008/maerz/20080311_menschenrechte/index.html)

Deutsche NRO begrüßten den Aktionsplan, zu dem es bereits in der Ausarbeitung Dialoge mit der Zivilgesellschaft gegeben hatte. Misereor deutete ihn als einen wichtigen Schritt zu einem konsequenten Menschenrechtsansatz in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, wies jedoch auch auf Lücken, beispielsweise bei konkreten Maßnahmen zum Schutz von Menschenrechtsverteidigern hin. Nun werde es darauf ankommen, den Plan in die politische Praxis umzusetzen. Dies müsse unter angemessener Begleitung und Beteiligung nicht-staatlicher Organisationen aus dem Menschenrechts- und Entwicklungsbereich geschehen. Weiterhin forderten NRO, dass das BMZ eine Vorreiterrolle bei der menschenrechtlichen Ausgestaltung der Handels- und Außenwirtschaftspolitik übernehmen müsse. Zu häufig werde im Zweifelsfall außenwirtschaftlichen Interessen der Vorrang vor Menschenrechten eingeräumt. (www.misereor.de/presse/detailansicht-presse/article/misereor-kommentar-entwicklungspolitischer-aktionsplan-fuer-menschenrechte.html)

5. Weltwassertag – sanitäre Grundversorgung im Fokus

Die UN-Initiative UN-Water rückte zum Weltwassertag am 22. März das UN-Jahr der sanitären Grundversorgung in den Mittelpunkt seiner Aktivitäten. Weltweit haben 2,6 Milliarden Menschen – darunter 980 Millionen Kinder – keinen Zugang zu angemessenen sanitären Anlagen. Wöchentlich sterben nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation WHO und UNICEF 42 000 Menschen an Krankheiten, die auf schlechte Wasserqualität und unzureichende Sanitär- und Hygienebedingungen zurückzuführen sind. UN-Generalsekretär Ban Ki Moon verwies anlässlich des Weltwassertags auf die in den Millenniums-Entwicklungszielen festgehaltene Vereinbarung, den Anteil der Menschen ohne Zugang zu sanitärer Infrastruktur bis zum Jahr 2015 zu halbieren. Von der Umsetzung dieses Ziels sei die Weltgemeinschaft jedoch weit entfernt: Bei gleich bleibendem Fortschritt würden im Jahr 2015 immer noch 2,1 Milliarden Menschen der Zugang zu sanitärer Infrastruktur fehlen, Afrika südlich der Sahara würde das entsprechende MDG erst im Jahr 2076 erreichen. Fortschritte auf dem Weg zur Umsetzung des MDG würden durch Bevölkerungswachstum, Armut, durch fehlende Investitionen, aber vor allem durch den fehlenden politischen Willen der Regierungen beschränkt. Er rief daher dazu auf, den Weltwassertag zum Anlass für ein stärkeres Engagement zur Umsetzung des siebten MDG zu nehmen. Nur durch eine ausreichende sanitäre Infrastruktur könnten Armut, Hunger und Krankheiten in Entwicklungsländern verhindert werden.

(www.worldwaterday.org; www.un.org/News/Press/docs/2008/sgsm11451.doc.htm)

Auch NRO forderten anlässlich des Weltwassertages mehr Engagement bei der Versorgung mit Trinkwasser und dem Zugang zu sanitärer Grundversorgung in Entwicklungsländern. Auch wenn Wasser ein weltweit knappes Gut sei, seien die meisten Zugangsprobleme zu Wasser und sanitärer Grundversorgung politisch

verursacht, so Brot für die Welt. Die Organisation fordert daher die Umsetzung des Menschenrechts auf Wasser, vor allem für die ärmsten Bevölkerungsschichten in ländlichen Regionen und Slums, denen dieses Recht oft verwehrt bleibe. Die Welthungerhilfe betonte, dass auch die Aufklärung über Hygiene und Krankheiten weiter gefördert werden müsse. Falscher Umgang mit Wasser sei eine zentrale Ursache von Armut und Hunger. Anlässlich des Weltwassertages forderte die Welthungerhilfe daher mehr Einsatz für Sanitär- und Hygienemaßnahmen, sowohl in Entwicklungs- als auch in Nothilfeprojekten. (www.welthungerhilfe.de/wasser-sanitaeranlagen.html; www.brot-fuer-die-welt.de/presse/660_presse-detail_DEU_HTML.php?ck=284)

6. Unzureichende Umsetzung der G8-Zusagen für Afrika

Von den 23 Zusagen des G8-Gipfels 2007 in Heiligendamm wurden die acht Versprechen aus dem Afrika-Dokument des Gipfels unterdurchschnittlich umgesetzt. Zu diesem Ergebnis kommt die G8-Forschungsgruppe der Universität Toronto (Kanada) in ihrem regelmäßig erscheinenden "Interim Compliance Report". Darin werden Punkte vergeben für die vollständige (+1) oder teilweise Einhaltung (0) der Entscheidungen, bzw. für Maßnahmen, die den Entscheidungen der G8-Staaten entgegenwirken (-1). Die acht Afrika-relevanten Versprechen aus den Bereichen Schuldenerlass, Entwicklungshilfe, Finanzmärkte, Bildung, Frieden und Sicherheit und drei Gesundheitsthemen erhalten dabei den Wert 0,26, was unter dem Durchschnitt aller 23 Zusagen liegt (0,33). Das Gesamtergebnis von 0,33 liegt deutlich unter dem Ergebnis des Jahres 2005 nach dem Gipfel in Gleneagles (0,47) und 2006 nach dem Gipfel in St. Petersburg (0,35). Deutschland liegt bei der Umsetzung der Afrika-Zusagen mit einem Durchschnittswert von 0,63 hinter den USA und Großbritannien auf dem dritten Platz. Die letzten Plätze belegen Italien und Japan, das beim diesjährigen G8-Gipfel eigene Akzente setzen kann. (www.g8.utoronto.ca/evaluations/2007compliance_interim)

7. Afrikanische Zivilgesellschaft fordert neues MDG gegen interne Vertreibung

Die afrikanische NRO „Africa Internally Displaced Persons Voice“ (Africa IDP Voice) fordert die Einführung eines neuen MDG gegen interne Vertreibung. Interne Vertreibung zähle zu den größten humanitären, menschenrechtlichen und sicherheitsrelevanten Problemen in vielen Entwicklungsländern. Jeden Tag würden Tausende Menschen gezwungen, ihre Heimat zu verlassen, unter anderem in Folge von Landreformen und großen Entwicklungsprojekten, die von den Internationalen Finanzinstitutionen finanziert werden. Africa IDP Voice kritisiert im Vorfeld der Frühjahrstagung von IWF und Weltbank, dass viele Afrikaner Opfer der Investitionen dieser Institutionen werden, anstatt von ihnen zu profitieren. Die Organisation fordert daher, einen legalen, politischen und institutionellen Rahmen gegen interne Vertreibung und zum Schutz der Vertriebenen zu schaffen. Nur wenn das Problem interner Vertreibungen angegangen werde, könne Armut im Sinne der MDG bekämpft werden. (www.africafiles.org/article.asp?ID=17374)

8. Vorschlag zur Stimmrechtsreform im IWF

Im Vorfeld der Frühjahrstagung von IWF und Weltbank hat sich der Exekutivrat des IWF auf ein größeres Mitspracherecht Entwicklungs- und Schwellenländern geeinigt.

Demnach sollen die 135 bisher unterrepräsentierten Länder einen zusätzlichen Stimmenanteil von 5,4 Prozentpunkten erhalten. Dem Entwurf zufolge soll in Zukunft alle fünf Jahre neu über die bestehende Stimmrechtsverteilung verhandelt werden. Außerdem sollen die Basisstimmen, die jedes Land unabhängig von seiner Wirtschaftskraft erhält, verdreifacht werden. Damit bleibt der Entwurf des Exekutivrats hinter den Forderungen von Entwicklungsländern und NRO zurück, stellt aber dennoch eine Verbesserung der ungleichen Stimmrechte im IWF dar, über die seit Jahren diskutiert wird. Vor der Umsetzung des Entwurfs müssen die 185 Mitgliedsstaaten des IWF den Reformvorschlag mehrheitlich verabschieden. (www.imf.org/external/np/sec/pr/2008/pr0864.htm)

Kurz notiert:

Am 13. März besuchte der irische Musiker **Bono** den Bundestag und traf u.a. mit Entwicklungsministerin Wieczorek-Zeul und Mitgliedern des Haushaltsausschusses zusammen. Er lobte die Regierung für ihren Einsatz zur Armutsbekämpfung, forderte aber auch mehr Gelder für die Entwicklungszusammenarbeit.

(http://bmz.de/de/presse/aktuelleMeldungen/2008/maerz/20080313_bono/index.html)

Ausführliche Informationen über den **Beitrag der deutschen Entwicklungszusammenarbeit zur Verbesserung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Stellung von Frauen in Entwicklungsländern** bietet die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion B90/Die Grünen (Drucksache 16/7912). (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/079/1607912.pdf>)

Das Deutsche Institut für Menschenrechte stellt auf einem neuen **Onlineportal zu Menschenrechten und Entwicklungszusammenarbeit** Hintergrundinformationen, einen systematischen Überblick und aktuelle Informationen zum Thema Menschenrechte und Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung. (<http://www.institut-fuer-menschenrechte.de>)

Das im April erscheinende Buch „**Frauen und Kriege in Afrika**“ von Rita Schäfer analysiert die Auswirkungen von Kriegen auf die Geschlechterbeziehungen in Afrika. Die Studie zeigt die Folgen der Beteiligung von jungen Frauen an Kriegen, analysiert Genderkonflikte und stellt die Interdependenz zwischen Geschlechterverhältnissen und Kriegsursachen dar. (www.brandes-apsel-verlag.de)

Das OECD Development Center will mit seinem Projekt **Wikigender** das Wissen und den Austausch zu genderrelevanten Themen fördern. Die Website ist für jeden zugänglich und offen für Artikel, Anmerkungen und Kommentare, insbesondere zu statistischen Informationen und der Messung von Geschlechtergerechtigkeit. (www.wikigender.org)

Termine

3. bis 4. April 2008, Berlin, VENRO, FES, Forum Menschenrechte u.a.

Armut und Menschenrechte in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit
Fachtagung und öffentliche Abendveranstaltung

www.fes.de/armutmenschenrechte/

3. April 2008, Bonn, InWent

Armutsbekämpfung und Artenvielfalt - Die Entwicklungspolitik weist Wege
Informeller Politikdialog

www.inwent.org/imperia/md/content/veranstaltungen/biologische_vielfalt2/programm.pdf

7. April bis 8. April 2008, Berlin, Action for Global Health, terre des hommes und Deutsche Welthungerhilfe

Initiativen- Overkill – Die neue Krankheit im Gesundheitssektor
Internationale Konferenz

www.actionforglobalhealth.eu/media/home/german_homepage/konferenz/konferenzprogramm

16. bis 17. April 2008, Berlin, CorA-Netzwerk für Unternehmensverantwortung

FAIRgabe in Deutschland? – Sozial-ökologische Verantwortung in öffentlicher und institutioneller Auftragsvergabe
Arbeitstagung

www.weed-online.org/themen/aktuell/948541.html

21. bis 22. April 2008, Bonn, Europäisch-Afrikanische Allianz gegen Malaria

„Stop Malaria Now!“
Internationale Konferenz

www.stopmalarianow.org/

24. April 2008, Bonn, VENRO

Budgethilfe und zivilgesellschaftliche Beteiligung
Diskussionsveranstaltung

www.2015.venro.org

25. bis 27. April 2008, Kassel, FIAN und Katholische Landjugendbewegung

Agrarreformen im 21. Jahrhundert. Alte Ansprüche und neue Herausforderungen aus der Perspektive des Rechts auf Nahrung
Seminar

www.fian.de/fian/index.php?option=content&task=view&id=533&Itemid=412

26. April 2008, Frankfurt am Main, Dritte-Welt-JournalistInnen-Netz

„Entwicklungszusammenarbeit – mit wie vielen Ländern?“
Streitgespräch

www.globaleslernen.de/coremedia/generator/ewik/de/02_Aktuelles/Aktuelle_20Termine/Entwicklungszusammenarbeit_20mit_20wie_20vielen_20L_C3_A4ndern_20DL.pdf

Herausgeber:

VENRO

Projekt „Perspektive 2015 – Armutsbekämpfung braucht Beteiligung“

Chausseestr. 128/129

10115 Berlin

Tel.: 030/280 466-70 / -71

Fax: 030/280 466-72

E-Mail: berlin@venro.org

Internet: www.2015.venro.org

Redaktion: Claus Körting & Merle Bilinski (V.i.S.d.P.)

Mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung